

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 60 38/39
Telefax: 988848 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Gernot Erler MdB zur Lage vor den Wahlen in dem Balkanland: Demokratische Feuerprobe für Bulgarien.
Seite 1

Dr. Dieter Spörl MdL zur Notwendigkeit einer neuen Initiative für den sozialen Wohnungsbau: Wohnungsnot in Baden-Württemberg bekämpfen.
Seite 4

Horst Niggemeier MdB zum Umgang mit der Frage des SED-Vermögens: Eine passive Haltung wäre nicht angemessen.
Seite 5

45. Jahrgang / 108

8. Oktober 1990

Demokratische Feuerprobe für Bulgarien

Zur Lage vor den Wahlen in dem Balkanland

Von Gernot Erler MdB

Am Sonntag, 10. Juni 1990, haben nach 44 Jahren erstmals wieder 8,5 Millionen Bulgaren die Möglichkeit zu einer demokratischen Wahl. Genau sieben Monate nach dem 10. November 1989, an dem Todor Schiwkow durch eine Palastrevolution seiner eigenen Partei abgelöst wurde (genau einen Tag nach dem für Deutschland so wichtigen 9. November), beendet damit Bulgarien als sechstes osteuropäisches Land die Ära der kommunistischen Einparteienherrschaft.

Gewählt wird eine „Große Volksversammlung“ mit 400 Abgeordneten, deren Hauptaufgabe die Schaffung einer neuen Verfassung ist. Höchstens zwei Jahre soll den Gewählten für diese Aufgabe zur Verfügung stehen, aber es kann auch schon wesentlich früher zu erneuten, „normalen“ Parlamentswahlen kommen. Das Wahlverfahren hat seine Besonderheiten. Gewählt wird einmal in 200 „einmandatigen“ Wahlkreisen nach dem Prinzip der Mehrheitswahl. Wer im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erhält, muß sich eine Woche später am 17. Juni einer Stichwahl mit dem Zweitplatzierten stellen. Die anderen 200 Mandate werden in 28 „mehrmandatigen“ Wahlkreisen nach dem Prinzip der Verhältniswahl vergeben. Parteien und Wählergruppen treten hierzu mit Listen an, müssen aber die Vier-Prozent-Hürde überwinden. Jeder Wähler hat also zwei Stimmen - eine für einen Direktkandidaten und eine für eine Partei.

Es ist erstaunlich, daß die Opposition sich auf dieses Verfahren eingelassen hat und daß bisher die Auswirkungen dieses Systems noch nicht öffentlich angesprochen wurden. Es gibt nämlich keine „Verrechnung“ zwischen den beiden 200-Mandats-Blöcken. Eine Partei behält in jedem Fall die Anzahl ihrer direkt gewählten

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Wiederhergestellt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Vertreter, egal welche Zahl von Mandaten ihr nach dem Prozent-Erfolg in der Listenwahl zusteht. Theoretisch könnten die Bewerber einer Partei alle 200 Direktmandate gewinnen, vom Wähler bei der Verhältniswahl aber bloß 40 Prozent der Stimmen erhalten. Im Endeffekt würde diese Partei dann in der „Großen Volksversammlung“ über 70 Prozent der Sitze verfügen.

Dieses Wahlsystem begünstigt die bisher allmächtige Kommunistische Partei, die sich am 3. April 1990 in „Bulgarische Sozialistische Partei“ (BSP) umbenannt hat. Sie verfügt über mehr bekannte und populäre Kandidaten als die Opposition, die obendrein noch in sehr viele Einzelgruppen zersplittert ist. Insofern könnten sich die Wahlprognosen als Irreführung erweisen, nach denen die BSP etwa 40 Prozent der Stimmen erreichen würde, die stärkste Oppositionsallianz der „Union der Demokratischen Kräfte“ (UDK; bulgarische Abkürzung: SDS) zwischen 20 und 30 Prozent und die Bauernpartei um die zehn Prozent. Bei der tatsächlichen Sitzverteilung in der „Großen Volksversammlung“ könnte ein solches Wahlergebnis die BSP leicht mit einer bequemen absoluten Mehrheit ausstatten.

Vielleicht stehen Einsichten in solche Aussichten im Hintergrund, wenn der Ton zwischen Regierungspartei und Opposition in den letzten Wochen rauher geworden ist. Als eigentlicher Gegenspieler der BSP, die nach dem 10. November auf einen Reformkurs ähnlich den Programmen der anderen osteuropäischen Bruderparteien eingeschwenkt ist und ein umfangreiches Personalrevirement durchgeführt hat, tritt die UDK auf. In dieser Allianz haben sich 16 Parteien und Gruppen zusammengefunden, geführt von dem Doktor der Philosophie Scheju Schelew. Stärkste Parteien dieser Allianz sind die sogenannten „Petkowisten“ (Offizieller Name: Bulgarischer Nationaler Bauernbund „Nikola Petkow“), eine Abspaltung der Bauernpartei, die bis zum 10. Februar 1990 im Block mit den Kommunisten die politische Verantwortung in Bulgarien mittrug, sowie die Sozialdemokraten mit dem Arzt Petar Dertliew an der Spitze. Von den 200 Listenkandidaten der VDK stellen die Petkowisten circa 80, die Sozialdemokraten etwas über 60 Bewerber, der Rest entfällt auf die übrigen 14 Gruppen der Allianz.

Die Unterschiede in den Programmen von Regierungspartei und Opposition lassen sich schwer vermitteln. Beide bekennen sich zu Demokratie und Marktwirtschaft und wollen Bulgarien mehr nach dem Westen öffnen. Die BSP hat es verstanden, für einen weicheren, von oben kontrollierten und sozialverträglichen Übergang zur Marktwirtschaft zu werben. Die Opposition hat sich zu radikalen

demokratischen Reformen bekannt und leugnet auch nicht, dabei auf eine Art „Schock-Therapie“ für die bulgarische Volkswirtschaft zu setzen. Die sich zuspitzende Wirtschaftskrise in Bulgarien, ergänzt durch die Anschauung, welche Auswirkungen eine solche „Schock-Therapie“ etwa in Polen hat, könnte dazu führen, daß der Wahlausgang von Überlegungen zur sozialen Sicherheit in einer unsicheren ökonomischen Zukunft bestimmt wird.

Die UDK hat versucht, sich aus dieser etwas schwierigen Argumentationslage mit der Versicherung zu befreien, nur ein Wahlsieg der Opposition werde westliche Hilfe für Bulgarien fließen lassen. Die BSP hat vor allem mit verstärkten Aktivitäten ihres Ministerpräsidenten Lukanow in Richtung EG und Europarat geantwortet. Inzwischen nutzt die Opposition jede Möglichkeit, sich von den regierenden Reformkommunisten abzusetzen. In einem spektakulären Akt vor laufenden Fernsehkameras verweigerten die Vertreter der UDK die Unterschrift unter ein von Präsident Mladenow vorgelegtes Fairneß-Abkommen zum Wahlkampf und erhoben stattdessen Vorwürfe gegen die Wahlkampfmethoden der BSP - ein sicherlich riskantes Unterfangen, wenn man bedenkt, daß dieses Dokument „über die Nichtausübung von Gewalt im Demokratisierungsprozeß in Bulgarien“ von vier Millionen Menschen unterschrieben worden sein soll. Kein Wunder, daß sich dann doch 45 Parteien entschlossen, den Text im Gegensatz zur UDK gegenzuzeichnen.

Als ein Fehler könnte es sich auch erweisen, daß sich weder die BSP noch die UDK dazu durchringen konnten, ein wirklich attraktives Angebot an die turkbulgarische Minderheit zu formulieren. Diese in der Vergangenheit so schwer mißhandelte Bevölkerungsgruppe (ihr Umfang wird von 700.000 bis eine Million Menschen geschätzt) hat mit der „Bewegung für die Rechte und Freiheiten der Türken und Moslems in Bulgarien“ des Medi Dolganow ein eignes Sammelbecken gefunden. Die politische Separation der turkbulgarischen Minderheit könnte sich in Zukunft als Hemmnis für ihre inzwischen wieder gewollte Integration in die bulgarische Gesellschaft erweisen.

Der 10. Juni ist für Bulgarien ein wichtiges Datum. Viel hängt davon ab, diese demokratische Feuerprobe in Form von nachweisbar fairen und demokratischen Wahlen vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu bestehen. Verborgen werden soll nichts: 500 Wahlbeobachter wurden aus dem Ausland eingeladen, darunter auch mehr als 100 Parlamentarier aus Ost und West. Der Deutsche Bundestag hat die Abgeordneten Schwarz (CDU), Dr. Feldmann (FDP), Brück und Erler (SPD) als Delegation entsandt, die zwischen dem 8. und 11. Juni in Sofia, aber auch in der Provinz den Wahlvorgang beobachten werden.

(-/8.7.1990/rs/ks)

* * *

Wohnungsnot in Baden-Württemberg bekämpfen
Zur Notwendigkeit einer neuen Initiative für den sozialen Wohnungsbau

Von Dr. Dieter Spörl MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Eine neue Initiative zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Baden-Württemberg ist überfällig. Inzwischen haben nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern nahezu im gesamten Land die Mietsprünge ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht. In der Spitze betragen sie mehr als 30 Prozent. Ein Ende dieser Entwicklung ist aber noch immer nicht abzusehen. Der nicht nachlassende Zuwandererstrom, das Zurückbleiben der Wohnungsneubauten hinter dem Bedarf und die preistreibende Entwicklung bei den Hypothekenzinsen lassen befürchten, daß die Krise ihren Höhepunkt auf dem Wohnungsmarkt in Baden-Württemberg noch immer nicht erreicht hat.

Die SPD Baden-Württemberg will deshalb den jüngsten Beschluß des Finanzplanungsrats zum Stopp aller zusätzlichen öffentlichen Hochbauten von Bund, Ländern und Gemeinden als Chance für eine neue Wohnungsbauoffensive im Land nutzen. Unsere Fraktion wird eine parlamentarische Initiative unternehmen, mit der die Stuttgarter Landesregierung aufgefordert wird, sicherzustellen, daß die durch den Hochbau-Stopp freiwerdenden finanziellen Mittel vorrangig für die öffentliche Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus mit Sozialbindungen von mindestens 22 Jahren eingesetzt werden. Die Summe, die im Landeshaushalt insoweit von den Staatsbauten auf den Mietwohnungsbau umgelenkt werden kann, beziffern wir auf etwa 300 Millionen DM. Diese Summe reicht aus, um das bisherige Landeswohnungsbauprogramm im sozialen Mietwohnungsbau von bisher rund 700 Millionen DM auf nunmehr rund eine Milliarde DM anzuheben.

Wir warnen vor der Illusion, kurzfristig die über Jahre gewachsene Wohnungsnot lösen zu können. Was die Regierung Späth zusammen mit der Bonner Koalition über Jahre hinweg durch den Wegfall von Finanzhilfen, die Beseitigung der Wohnungsgemeinnützigkeit, sowie die Lockerung des Mieterschutzes auf dem Wohnungsmarkt angerichtet hat, kann nur mittelfristig überwunden werden. Gerade deshalb muß aber jetzt unverzüglich die Umverteilungsweiche für die genannten 300 Millionen DM aus den Staatsbauten in den Wohnungsmarkt gestellt werden.

In der Übergangsphase sind folgende Abfederungsmaßnahmen unerlässlich:

1. Verbesserung des Mieterschutzes vor ungerechtfertigter Kündigung, Verdrängung und unbezahlbaren Mieten, ebenso wie bei Eigentümerwechsel.
2. Verringerung der derzeit gültigen Mieterhöhungsmöglichkeiten von 30 Prozent innerhalb von drei Jahren auf die Hälfte, das heißt nur noch 15 Prozent.
3. Einführung neuer Zinshilfen zugunsten von Eigentümern und Bauherren zur Milderung des derzeitigen Zinsgipfels auf dem Kapitalmarkt.
4. Steigerung des Baukindergeldes auf 1.200 DM pro Kind sowie weiterer Maßnahmen zur Erleichterung der Eigentumbildung für breitere Schichten der Bevölkerung.

Wir fordern die Landesregierung Baden-Württemberg auf, über entsprechende Maßnahmen nicht nur nachzudenken, sondern die zur Verwirklichung der SPD-Forderungen notwendigen Realisierungsschritte unverzüglich einzuleiten.

(-/8. Juni 1990/rs/fr)

**Eine passive Haltung wäre nicht angemessen
Zum Umgang mit der Frage des SED-Vermögens**

**Von Horst Niggemeier MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Innerdeutsche Beziehungen**

Es wäre ein Vorgang von einmaliger politischer Perversität, wenn die korrupten Menschenverächter der ehemaligen SED-Diktatur das aus ihrem 40jährigen Raubzug quer durch das Land entstandene Milliarden-Vermögen nur auch noch behalten, verwerten und vermehren können. Deshalb muß noch vor dem Währungs-umsatz - so wie es die SPD vernünftigerweise fordert - die Frage der Milliarden-Vermögen von SED/PDS, Stasi, Blockparteien und SED-hörigen Massenorganisationen eindeutig geklärt und dem weiteren Verwertungsgriff der "gewendeten" Funktionäre entzogen sein.

Ob der von der DDR-Volkstammer dazu gefasste Beschluß zur Erreichung dieses Zieles ausreicht, wird von Kennern der Materie stark bezweifelt. Deshalb bleibt die Bundesregierung aufgefordert, sich diesem Problem ernsthaft zu stellen und es nicht mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der DDR-Regierung bewenden zu lassen. Eine solche passive Haltung ist der crime story nicht angemessen, die da jetzt von der SED/PDS und ihren Oberbonzen inszeniert wird.

Zur Genugtuung des juristisch gerissenen PDS-Chefs Gysi funktionieren noch die mafiaähnlichen Verbindungen aus alten SED- und Stasi-Zeiten, und sie haben es möglich gemacht - nicht zuletzt unter Mithilfe des Altkommunisten Modrow in seiner Übergangsregierung - erhebliche Vermögenswerte auf die Seite zu schaffen. Wenn da nicht bald etwas geschieht, dann wird die SED/PDS (Partei der Schuldigen) nach dem Inkrafttreten der Währungs- und Wirtschaftsunion die reichste und milliardenschwerste Partei der Welt sein. Dann könnten die konservativ-liberalen Koalitionäre in West und Ost den makabren Ruhm für sich in Anspruch nehmen, in wortreicher Tatenlosigkeit zugesehen zu haben, wie eine kommunistische Partei aus ihrem politischen Niedergang noch ein Riesengeschäft gemacht hat.

Der Neo-Kommunist Gysi aus dem alten SED-Kader hat zusammen mit Modrow, dem größten Bluffer aller Zeiten, die Weichen für eine solche bedenkliche Entwicklung gestellt. Dabei ist dem "Gauner Gysi" (DDR-Jargon) jedes Mittel recht, um das alte SED-Vermögen mit dem Ziel der heckenden Vermehrung in seiner Verfügungsgewalt zu behalten. Die demagogische Aufputzung seiner Mitglieder auf bestens organisierten Massenveranstaltungen nach altem SED-Muster (Gysi: "Die wollen uns die Beiträge stehlen") ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite sind es die unzähligen Tamungs- und Verschleierungsmanöver gepaart mit einer geradezu zynischen Unwahrhaftigkeit bei den Aussagen und Behauptungen über das SED/PDS-Vermögen, die sich die Clique Gysi, Modrow und Co. nun schon seit Monaten leistet.

Daß DDR-Regierungschef de Meziere (CDU) dazu in unverständlich demutsvoller Weise schweigt, kann offenbar nur so erklärt werden, daß er seinen Justizminister Wünsche aus der Regierung des SED-Potentanten Modrow übernommen hat, ohne dabei zu berücksichtigen, daß eben dieser Herr Wünsche schon unter dem Alt-Stalinisten Walter Ulbricht kommunistentreue Dienste als Justizminister geleistet hat. PDS-Chef Gysi dürfte diesen Umstand genüßlich zu schätzen wissen. Was kann ihm besseres passieren, als einen aus der alten SED-Sellschaft an der Spitze des Justizministeriums sitzen zu haben. So kann dann Gysi das Blaue vom Himmel herunterlügen, ohne daß ihm ernsthaft übers Maul gefahren wird. Erst kürzlich behauptete Gysi in einem Interview: "Es gibt keine Unterlagen über die Auslandsaktivitäten der SED." Gegen solche unwahrhaftigen Frechheiten nimmt sich Baron Münchhausen wie ein frommer Klosterbruder aus.

Tatsache ist, daß es genügend Belege aus dem sogenannten "Staatssekretariat für kommerzielle Koordination" des berühmten SED-Devisenbeschaffers und Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski gibt, die den Zusammenhang zwischen der SED und den Auslandsaktivitäten des Stasi-Schalck beweisen.

Eine Reihe von Firmen im Ausland (einschließlich Bundesrepublik Deutschland) bezeichnete Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski gegenüber dem "lieben Genossen Honecker" am 9. Dezember 1988 als solche, "die sich im Eigentum der SED befinden". Und aus diesen Firmen "wurden 54,1 Millionen DM dem disponiblen Fonds der Partei zugeführt", wie der Schalck dem Obergenossen Erich schriftlich vermeldete. Das alles und noch viel mehr wissen auch Gysi, Modrow und Co. über das, was sich Parteivermögen nennt und nicht mit einer aus Mitgliedsbeiträgen gespeisten Portokasse zu vergleichen ist. Um genau dieses der Bevölkerung vorenthaltene Vermögen, weil der SED zugeflossen, geht es unter anderem, zumal es sich nach der Währungsumstellung - bei dieser Hochzinsphase kein Wunder - mit Riesenschritten vermehren wird. Dann könnten Gysi, Modrow und Co. mit exzellenter Finanzausstattung an die Arbeit gehen, um in Europa an den Aufbau einer neokommunistischen Bewegung - in Gesamtdeutschland unter dem irreführenden Namen PDS - heranzugehen. Entsprechende Bestrebungen sind schon jetzt zu beobachten.

Und ganz sicher werden Gysi, Modrow und Co. mit Blick auch auf Gorbatschows Reformpolitik das Ganze geschickter und weniger doktrinär angehen, als die Honeckers, Mielkes und Mittags. Wenngleich diese SED-Mafia mit ihrer DKP in der Bundesrepublik wenig Erfolg hatte, so hat sie nie gezögert, Jahr für Jahr um die 60 bis 70 Millionen in die Kassen ihrer kommunistischen Glaubensbrüder zu schaufeln. Noch am 13. Oktober 1989 - die SPD in der DDR hatte sich am 7. Oktober unter konspirativen Bedingungen in Schwante gegründet - unterbreitete SED-Abteilungsleiter Cabulla in einer "SED-Hausmitteilung" dem "werten Genossen Honecker den Finanzplan der DKP für das Jahr 1990".

Von den insgesamt 67,9 Millionen DM, die 1990 an die DKP fließen sollten, hatte Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski aus dem Fonds seines Staatssekretariats 15.250.000 DM bereitzustellen. Handschriftlicher Vermerk dazu von Honecker: "Einverstanden". Auch das wissen Gysi und Modrow, die ja die Partei und ihre Akten von Honecker über Krenz übernommen hatten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie die SED ihre rund 68 Millionen über die DKP für welche Zwecke verteilen ließ: 15 Prozent der Gelder gingen an die VVN, DFU und einige andere Organisationen, die in früheren Zeiten solche Fremdfinanzierung durch die SED immer entschieden zurückgewiesen haben. Fast fünf Prozent waren für Sonderaktionen der Friedensbewegung und Arbeitskämpfe vorgesehen. Allein 30 Prozent wurden zur Finanzierung von Verlagen und Zeitschriften veranschlagt. Der große Rest stand der DKP zur Verfügung. Das war nicht wenig, denn auf rund 75 DKP-Mitglieder kam ein hauptamtlicher DKP-Beschäftigter. Um eine solche Relation Mitglieder/Hauptamtliche zu erreichen, müßte die SPD insgesamt 12.000 (!) hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigen, doch sie hat nur 950.

Übrigens gehörten zu den SED-finanzierten Einrichtungen nach der SED-Hausmitteilung des SED-Abteilungsleiters Cabulla unter anderem der Pahl-Rugenstein-Verlag, die Deutsche Volkszeitung, die Schallplattenfirma Pläne, der Filmverleih Unidoc, die 27 Akzent-Buchläden, die gewerkschaftsorientierte Zeitschrift "Nachrichten" um nur die bekanntesten Einrichtungen zu nennen, die sich der kommunistischen SED als Sponsor erfreuen durfte. Und dies alles mit Geldern, die der DDR-Bevölkerung vorenthalten wurden durch eine Partei, die nun heute über eine schlichte und letztlich betrügerische Namensänderung den kriminellen Versuch macht, im Besitz jenes Eigentums zu bleiben, das ihr nach rechtsstaatlichen Maßstäben einfach nicht gehören kann. Deshalb muß mit diesem Spuk der Gysi, Modrow und Co. Schluß gemacht werden - sofort und ohne zu zögern. Kohl und de Maiziere sollten deshalb der SPD und ihren Forderungen dazu uningeschränkt folgen.

(8. Juni 1990/rs/fr)
